

III- 119 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIV. Gesetzgebungsperiode

1978 -06- 0 6

B e r i c h t

des Bundeskanzlers an den Nationalrat

über den personellen Mehrbedarf des Bundes für das Finanzjahr 1978

Im Sinne ihrer ständigen Bemühungen, hinsichtlich der Zahl der öffentlich Bediensteten größte Sparsamkeit zu beobachten, hat die Bundesregierung bei der Erstellung des Stellenplanes 1978 bei Ausschöpfung aller Rationalisierungs- und Einsparungsmöglichkeiten, Personalerhöhungen auf ein unabdingbar notwendiges Ausmaß reduziert.

Der Stellenplan für das Jahr 1978 weist daher nur eine geringfügige Vermehrung um 1.262 Planstellen auf. Davon entfallen jedoch alleine 910 Planstellen auf eine gesteigerte Vorsorge zur Ausbildung und Arbeitsplatzbeschaffung für Jugendliche.

Maßgebend für das Faktum der geringfügigen Vermehrung von Planstellen war für die Bundesregierung die Überlegung, daß ein allenfalls sich ergebender, zeitlich begrenzter personeller Mehrbedarf, in einem zeitlichen Naheverhältnis besser und genauer abgeschätzt werden kann, als dies bei der Erstellung des Stellenplanentwurfes der Fall ist.

Zum anderen sieht die Bundesregierung einen personellen Mehrbedarf erst dann als gegeben an, wenn verschiedene Vorhaben (z.B. Grundstücksdatenbank, Inbetriebnahme von Großbauten) aus dem Versuchs- bzw. Baustadium getreten und deren Inbetriebnahme oder Durchführung gegeben sind.

Da hier mit erheblichen zeitlichen Differenzen zu rechnen war, erschien es aus dem Grund der gebotenen Sparsamkeit nicht gerechtfertigt vorausschauend Planstellen vorzusehen, die noch auf Schätzungen beruht hätten.

Angesichts dieser Überlegungen lagen dem Ministerrat am 2. Mai 1978 und am 9. Mai 1978 Anträge von 8 Bundesministern vor, mit denen die Bundesregierung um Zustimmung zur Aufnahme von Vertragsbediensteten über den Stand ersucht wurde.

Die Bundesregierung hat alle Anträge zunächst sehr genau überprüft und in jenen Fällen, in denen nach ihrer Ansicht eine unabdingbare Personalvermehrung im Interesse der Allgemeinheit als gegeben erachtet werden mußte, einer Aufnahme zugestimmt.

Ich möchte nun auf jene Berichte, für die die Bundesregierung einen Beschluß im Sinne des Punktes 2, Absatz 1 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes gefaßt hat, im einzelnen eingehen. Im übrigen darf ich bezüglich der Details auf die angeschlossene Übersicht verweisen.

#### 1. Bundesministerium für Inneres

Die erst nach Verabschiedung des Bundesfinanzgesetzes 1978 aufgetretenen Ereignisse haben gezeigt, daß auch Österreich mit Aktivitäten des internationalen Terrorismus zu rechnen hat. Um diesen Aktivitäten erfolgversprechend entgegenzutreten zu können, ist es erforderlich, gut ausgebildetes Personal für derartige Fälle stets einsatzbereit zu haben.

Die Bereitstellung dieses Personals durfte jedoch nicht zu Lasten der für die Bevölkerung dienenden allgemeinen Sicherheitsmaßnahmen durch Verminderung des Gendarmerie- bzw. Sicherheitswachekorps erfolgen. Es mußte vielmehr in diesem Fall Vor-sorge getroffen werden, daß durch die Schaffung dieser speziell ausgebildeten Sicherheitskräfte das Potential an Sicherheit vermehrt werde.

Darüberhinaus wird mit Ablauf des Jahres 1978 eine erhebliche Zahl von hochqualifizierten Beamten des Gendarmeriedienstes aus dem aktiven Dienst ausscheiden. Um hierfür einen geeigneten Ersatz bereit zu haben, ist es notwendig, mit der Ausbildung des Nachwuchses ehestmöglich zu beginnen. Eine vorübergehende Erhöhung des Personalstandes erwies sich daher als notwendig.

Im Interesse einer weiteren Effektuierung der Sicherheitsmaßnahmen für die Bevölkerung ist es geboten, für die als Organe der Straßenaufsicht tätigen Bediensteten den Personalstand der Bundespolizei vorübergehend zu erhöhen, um die durch diese Organe der Straßenaufsicht besetzten Planstellen für Wachebeamte zur Nachbesetzung mit Wachebeamten frei zu bekommen.

Die Bundesregierung hat daher die Aufnahme von insgesamt 840 Vertragsbediensteten über den Stand beschlossen.

## 2. Bundesministerium für Bauten und Technik

Der Nachweis des Grundbesitzes ist in Österreich durch die lückenlose Führung eines Grundkatasters und eines Grundbuches ohne Schwierigkeiten für den Grundbesitzer möglich. Um diesen Bereich der Serviceleistung rationell und noch aussagekräftiger gestalten zu können, wurde eine Grundstücksdatenbank geschaffen. Diese zentrale Datenbank soll künftig über alle Grundstücke in Österreich Auskunft geben können.

Der Modellversuch konnte aber früher als geplant beendet werden. Dadurch konnte mit der Erstellung der Grundstücksdaten begonnen werden. Die Ersterfassung aller Grundstücksdaten erfordert einen erheblichen personellen Mehraufwand, führt aber mittelfristig zu Personaleinsparungen, da die Vermessungsämter und die Bezirksgerichte, mit Datenstationen ausgestattet, den Änderungsdienst äußerst rationell durchführen können.

Die Bundesregierung hat daher die Aufnahme von 16 Vertragsbediensteten über den Stand beschlossen.

### 3. Bundesministerium für Finanzen

Die ständig steigenden Anforderungen in diesem Bereich der Bundesverwaltung können nur durch den Einsatz moderner Hilfsmittel, wie etwa der Datenfernverarbeitung, bewältigt werden. Dennoch treten trotz aller Rationalisierungsmaßnahmen unvermeidbare Belastungsspitzen auf, die einen vorübergehenden personellen Engpaß bewirken.

Durch die Umstellung der Veranlagung zur Einkommen- und Gewerbesteuer auf Datenfernverarbeitung ist es erforderlich, in 79 Finanzkassen zusätzliches Personal einzusetzen, um nicht den Effekt der Rationalisierung zu verzögern.

Es ist daher vorgesehen, das erforderliche geschulte Personal für diese qualifizierten Aufgaben aus solchen Bereichen der Finanzverwaltung abzuziehen, in denen als Ersatz Jugendliche ohne Beeinträchtigung des Dienstbetriebes eingesetzt werden können. Durch diese Maßnahme können 150 Jugendliche mehr als bisher eingesetzt werden.

Die Bundesregierung hat daher die Aufnahme von 150 jugendlichen Vertragsbediensteten beschlossen.

### 4. Bundesministerium für Verkehr

Auch heuer war von der Bundesregierung - wie jährlich - Vorsorge zu treffen, daß den im Postdienst tätigen Bediensteten die Konsumation ihres Erholungsurlaubes während der Sommermonate ermöglicht wird, ohne dadurch die postalische Versorgung zu beeinträchtigen.

Erfahrungsgemäß muß die Urlaubsabwicklung während der Sommermonate weitgehend garantiert werden, da der Herbst und insbesondere die Vorweihnachtszeit im Postannahme- und Zustelldienst große Arbeitsbelastungen aufweisen.

Aufgrund der letztjährigen guten Erfahrungen mit den sogenannten "Postpraktikanten" beabsichtigt die Post- und Telegraphenverwaltung, auch heuer wieder 200 Pflichtschulabsolventen zu "Postpraktikanten" auszubilden.

Auf dem Sektor der Lehrlingsausbildung leistet die Post- und Telegraphenverwaltung Vorbildliches. Derzeit stehen rund 1.000 Lehrlinge in Ausbildung. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Stellenplanentwurfes kann aber nur sehr vage abgeschätzt werden, wieviele der freizusprechenden Lehrlinge in ein unbefristetes Dienstverhältnis, also über die Behaltspflicht hinaus, übernommen werden können. Daher hat die Bundesregierung nunmehr nach Vorliegen konkreter Angaben Vorsorge für die Übernahme dieser für die Post bestens ausgebildeten Bediensteten getroffen.

Mit diesen beiden Maßnahmen leistet die Post- und Telegraphenverwaltung einen spürbaren Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze im besonderen für Jugendliche.

Die Bundesregierung hat daher für den Bereich der Post- und Telegraphenverwaltung der Aufnahme von 2.760 Vertragsbediensteten über den Stand zugestimmt.

Auch im Bereich der Sicherheit des Schiffsverkehrs auf Österreichs einziger internationaler Wasserstraße, der Donau, hat sich durch unvorhersehbare Ereignisse ein personeller Engpaß ergeben.

Nach dem Einsturz der Wiener Reichsbrücke galt es, den durchgehenden Schiffsverkehr so rasch als möglich wieder zu ermöglichen. Dies ist mit der Freimachung einer Schifffahrtsrinne nahe des nördlichen Donauufers gelungen. Durch den forcierten Neubau der Reichsbrücke sind in diesem Strombereich nunmehr derart schwierige schifffahrtstechnische Gegebenheiten entstanden, daß die Verkehrsregelung durch Organe der Schifffahrtspolizei unumgänglich notwendig erscheint.

Die Fertigstellung des Donaukraftwerkes Abwinden-Asten bedingt die Inbetriebnahme der in diese Staustufe integrierten Schleusenanlage. Da der genaue Fertigstellungstermin zum Zeitpunkt der Erstellung des Stellenplanes noch nicht abgesehen werden konnte, erschien es geboten, den dadurch entstehenden Mehrbedarf zum gegebenen Zeitpunkt durch Aufnahmen über den Stand abzudecken.

Für die Aufgaben der Schifffahrtspolizei hat die Bundesregierung die Aufnahme von insgesamt 13 Vertragsbediensteten über den Stand beschlossen.

#### 5. Bundesministerium für Landesverteidigung

Im Sinne der von der Bundesregierung aufgrund der Empfehlung des Landesverteidigungsrates beschlossenen Heeresreform 1978 gilt es, den Ausbau der Landwehr und der Bereitschaftstruppe rasch voranzutreiben. Die Effizienz speziell der Bereitschaftstruppe ist nur dann gewährleistet, wenn Wehrpflichtige, die im Zuge des freiwillig verlängerten Grundwehrdienstes zu Kaderfunktionen herangebildet wurden, in entsprechender Anzahl zur Verfügung stehen. Diese Vorarbeit des Anwerbens von Wehrpflichtigen ist dank des vorausschauenden Bemühens des Bundesministeriums für Landesverteidigung von Erfolg begleitet. Die für die Heeresreform 1978 benötigten Wehrpflichtigen stehen in ausreichendem Ausmaß zur Verfügung.

Mit dem Ausbau der Landwehr und der Bereitschaftstruppe wird aber auch der neutralitätspolitisch so bedeutsame Wille Österreichs zur Selbstverteidigung wirksam dokumentiert.

Die Bundesregierung hat daher die Aufnahme von 800 Vertragsbediensteten über den Stand beschlossen.

#### 6. Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten

Die Außenpolitik ist unter anderem vom Bemühen der Bundesregierung geprägt, Österreich im Ausland politisch wie kulturell immer stärker präsent zu machen.

Dies hat dazu geführt, daß neue Vertretungsbehörden und Kulturinstitute errichtet wurden und neu zu errichten sind bzw. bestehende Einrichtungen erweitert werden.

Im vergangenen Jahr wurden neue Vertretungsbehörden wohl errichtet, diese aber personell nur mit dem unabdingbar notwendigen Personal ausgestattet. Um nun die Arbeit dieser Vertretungsbehörden in ihrer Effizienz voll zur Geltung zu bringen ist es erforderlich den Personalstand auf den vorgesehenen Sollstand anzuheben.

Um dem Interesse des Auslandes an Kulturinformationen über Österreich besser entsprechen zu können, war es erforderlich, in Budapest zusätzlich ein Kulturinstitut zu eröffnen, sowie das Schwerpunktprogramm in den Bereichen Skandinavien, Los Angeles und Naher Osten zu intensivieren. Für die Vorbereitung der UN-Konferenz für Wissenschaft und Technik, die 1979 in Wien stattfinden wird, waren ebenfalls zusätzliche Vertragsbedienstete erforderlich.

Insgesamt hat die Bundesregierung daher die Aufnahme von 41 Vertragsbediensteten über den Stand beschlossen.

### 7. Bundesministerium für Unterricht und Kunst

Der Zuzug zu den weiterführenden Schulen hält auch im Jahr 1978 unvermindert an. Aus den derzeit vorliegenden Anmeldungen ist mit einer Vermehrung von rund 200 Klassen zu rechnen.

Auch im laufenden Jahr ergibt sich ein personeller Mehrbedarf aufgrund von vertraglichen Verbundlichungen von Schulen und durch Neu- und Zubauten von Schulen.

Da im Zeitpunkt der Erstellung des Stellenplanes nur Schätzungen über die erforderliche Anzahl der Planstellen hätten vorgenommen werden können, erschien es zweckmäßiger, mit der Festlegung des Personalbedarfes zuzuwarten, bis konkrete Unterlagen eine Fixierung zulassen.

Da auch heuer die Landesschulräte berichten, daß im September dieses Jahres eine größere Anzahl an vollgeprüften Junglehrern zur Verfügung stehen wird, stellt der Beschluß auf Aufnahmen über den Stand zusätzlich eine Maßnahme der Arbeitsplatzsicherung für Junglehrer dar.

Die Bundesregierung hat daher die Aufnahme von 707 Vertragslehrern und von 193 Vertragsbediensteten über den Stand beschlossen.

### 8. Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Die ständig steigenden Hörerzahlen an österreichischen Hochschulen erfordern einerseits den Ausbau vieler bestehender

Institute. Andererseits ist es erforderlich, neue Institutsgebäude zu errichten, soll nicht der eklatante Raummangel den Lehrbetrieb beeinträchtigen.

Weiters erscheint es im Zuge einer zeitgemäßen Ausbildung erforderlich, Institute mit modernen immer komplizierter werdenden wissenschaftlichen Großgeräten auszustatten.

All die dargelegten Umstände lassen eine Personalvermehrung unabdingbar erscheinen, zumal alle Möglichkeiten eines rationellen Personaleinsatzes bereits ausgeschöpft worden sind.

Daher hat die Bundesregierung für diesen Bereich die Aufnahme von insgesamt 80 Vertragsbediensteten über den Stand beschlossen.

---

Wie ich bereits eingangs festgehalten habe, wurden alle Unterlagen, die Grundlage für die jeweiligen Beschlüsse gewesen sind, gewissenhaft geprüft.

Einer Personalvermehrung wurde nur dort zugestimmt, wo ein Ausgleich des Mehrbedarfes durch Einsparungen in anderen Bereichen nicht möglich war bzw. zu einer Beeinträchtigung der Effizienz in diesem Bereich geführt hätte. Die Bundesregierung hat sich bei all ihren Beschlüssen von den Motiven leiten lassen, stets das Prinzip der Sparsamkeit zu beachten, aber auch den Dienst der Verwaltung an der Öffentlichkeit weiter zu verbessern und zu intensivieren.

## Anlage 2 zu BKA-GZ 922504/10-II/3/78

Betrifft:

Bericht des Bundeskanzlers an den Nationalrat über den personellen Mehrbedarf des Bundes für das Finanzjahr 1978

DETAILDARSTELLUNG

<u>Ressort</u>	<u>Anzahl</u>	<u>Zeitraum 1978</u>	<u>Zweck</u>
BM für Inneres	138 VB	2.5. - 31.12.	Bundesgendarmerie, Terrorbekämpfung
	234 VB	2.5. - 31.12.	Bundesgendarmerie, Ausbildung
	218 VB	2.5. - 31.12.	Sicherheitswache, Terror- und Verbrechenbekämpfung
	250 VB	2.5. - 31.12.	Sicherheitswache, Straßenaufsicht
BM für Bauten und Technik	16 VB	2.5. - 31.12.	Grundstücksdatenbank
BM für Finanzen	150 VB	2.5. - 31.12.	Finanzverwaltung, Einsatz Jugendlicher zur Freimachung Bediensteter für qualifiziertere Arbeiten
BM für Verkehr	2280 VB	1.6. - 31.10.	<u>Post</u> Urlaubersatzkräfte
	280 VB	1.9. - 31.12.	freigesprochene Lehrlinge
	200 VB	1.7. - 31.12.	Anlernkräfte
	13 VB	2.5. - 31.12.	<u>Schiffahrtspolizei</u> Neubau Reichsbrücke Schleuse Abwinden-Asten

<u>Ressort</u>	<u>Anzahl</u>	<u>Zeitraum 1978</u>	<u>Zweck</u>
BM für Landes- verteidigung	800 VB	2.5. - 31.12.	Heeresreform 1978, Landwehr und Bereit- schaftstruppe
BM für Auswärtige Angelegenheiten	37 VB	2.5. - 31.12.	für Vertretungsbehörden Damaskus (3) Havanna (7) Pretoria (3) Budapest - Kulturinstitut (8) Kuwait (10) Presse- und Kultur- angelegenheiten - Skandinavien, Los Angeles, Naher Osten (6)
	4 VB	2.5. - 31.12.	UN-Konferenz für Wissen- schaft und Technik
BM für Unterricht und Kunst	707 VL 193 VB	1.9. - 31.12. 1.9. - 31.12.	Lehrer- und Verwaltungspersonal, aus vertraglichen Über- nahmen von Schulen bzw. Verbundlichungen und vermehrten Klassen- führungen
BM für Wissen- schaft und Forschung	50 VB 30 VAss	2.5. - 31.12. 2.5. - 31.12.	nichtwissenschaftliches Personal Universitätsassistenten